

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 60 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,60 Mk., vierteljährlich 4,20 Mk. — Post- und Veranlagungsbeiträge kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsbeiträge werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: D. Gansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wiemelshanger Straße 55-42. Telefon-Nr. 26 u. 60. Telegr.-Nr.: Mittelband Bochum.

Osterfonne

Junge, lockende Osterfonne,
 Ründet nicht Leben dein leuchtender Strahl?
 Ründet er nicht von Werden und Wonne,
 Sunkelt dein Gold nicht im dunkelsten Tal?
 Spielt nicht dein Licht um die schneeigen Gipfel,
 Schimmert's nicht glitzernd im niedrigsten Staub?
 Lockt es nicht schmeichelnd aus Zweigen und Wipfel
 Wieder wie ehemals das knospende Laub?

Scheint nicht dein Licht auf die sprießenden Saaten?
 Wärmend nach winterlich eifriger Not,
 Daß sie der harrenden Menschheit geraten
 Freudig zu Früchten und nährendem Brot?
 Sonne der Ostern, du bist es doch wieder,
 Die aus dem Dunkel die Erde befreit,
 Lockst aus den schweigenden Wäldern die Lieder,
 Selige Lieder der keimenden Zeit.

Kraft du, urewige; schaffendes Feuer,
 Schmiede der Schöpfung, Quelle der Tat!
 Was ist Vernichtung dir? Immer in neuer
 Schönheit wandelst du deinen Pfad.

Was ist Zerstörung dir und Verderben?
 Mögen die Schlünde krachen und sprüh'n —
 Du zauberst Blüten aus Blut und aus Sterben,
 Und alle Gräber schmückst du mit Grün.

Und in die Herzen, von Trauer umfloßen,
 Und in die Aengste, versteckt und geheim,
 Und in die Hirne, verzagt und verdrossen,
 Senkst du der Hoffnung tröstenden Keim.
 Alles ist Wandlung, Suchen und Streben.
 Drückt auch das Schicksal mit eiserner Wucht,
 Endlich trägt wohl auch wieder das Leben
 Farbige Blüten, Samen und Frucht.

Osterfonne, lockende, helle,
 Schmiede der Schöpfung, ewige Gut,
 Golden fließt deine Wunderwelle
 Ueber das Chaos zerstörender Wut.
 Seurige Ströme umbrausen die Erde,
 Völker, sie stürzen, vernichtungbedroht,
 Du aber sprichst gelassen dein Werde:
 Leben ist stärker, stärker als Tod!

Ernst Preczang

Hoher Ertrag der Kaliwerke.

Nach Ausbruch des Krieges wurde von der Werkspresse Stimmung gemacht für eine Herabsetzung der im § 18 des Reichs-Kalijgesetzes erwähnten Mindestlöhne. Nach diesem Gesetz soll der durchschnittliche Arbeiterlohn nicht unter den in den Kalenderjahren 1907-1909 gezahlten sinken, andernfalls tritt strafweise eine entsprechende Verkürzung der Beteiligungsziffer ein. Die betreffende Werkspresse behauptete, durch den Krieg sei die ohnehin schon schlecht gestellte Kaliindustrie derart schwer getroffen, daß die Mindestlöhne nicht mehr gezahlt werden könnten; man müsse leben, die Selbstkosten gehörig herabzubringen, andernfalls müßten Betriebs einstellen erfolgen.

Vor etlichen Wochen haben die syndizierten Kaliwerksbesitzer bei der Reichsregierung die Erhöhung der gesetzlich bestimmten Düngesalzepreise für das Inland angeregt. Eine solche Erhöhung bedarf nach § 20 des Reichs-Kalijgesetzes der Zustimmung des Reichstages. Auch dieser Vorschlag wurde mit dem schlechten Ertrag der Kaliwerke begründet.

Nun unterliegt es gewiß keinem Zweifel, daß der Krieg, speziell das aus militärischen Gründen ergangene Kaliausfuhrverbot, die Industrie schwer treffen mußte, weil die oft erörterte Spekulationswut der Gründer bereits lange vor dem Ausbruch der Kaliindustrie in eine kritische Situation gebracht hat. Aber es ist durchaus falsch, schlechtlweg von einem geringen Ertrag dieser Industrie zu reden. Der Ertrag ist im Gegenteil in dem Jahre vor dem Kriege immer noch ein sehr guter gewesen, wenn die Ueberschüsse auch nicht mehr die fabelhafte Höhe erreichten als zu der Zeit, wo sich nur ein Duzend Werke in den Gesamtgewinn teilten.

Den Beweis dafür finden wir in den Betriebsberichten der preussisch-fiskalischen Kaliwerke. Bekanntlich wird von interessierter Seite der Staatsbetrieb als teurer, unrentabler als die Privatbetriebe bezeichnet. In der Tat stehen die fiskalischen Kaliwerke mit ihren Ueberschüssen etwa auf der mittleren Linie. Das ist auch so, weil der Fiskus für Wienenburg einen außerordentlich hohen Kaufpreis gezahlt hat und weil die Fiskalwerke immer wieder infolge der andauernden Entstehung neuer (privater) Werke eine Verkürzung ihrer Beteiligungsziffer erlitten, darum die Betriebsverrichtungen nicht annähernd voll ausgenutzt werden konnten. Wenn dennoch, wie wir sehen werden, diese Anlagen einen sehr guten Ueberschuß lieferten, so kann man baraus auch auf den Ertrag der Kaliindustrie überhaupt schließen.

Nach den Betriebsberichten der preussisch-fiskalischen Kaliwerke Staßfurt, Bleicherode und Wienenburg betrug deren

Jahr	Förderung an Kalifazzen aller Art	Kalifazzen-Verarbeitung
1913	905 326 To.	98 775 To.
1912	910 351 "	103 490 "
1911	769 740 "	88 442 "
1910	609 840 "	72 836 "

Die fiskalische Werkverwaltung hat, wie andere leistungsfähige Unternehmungen, durch Umtausch von Quoten (Beteiligungsziffern), Uebernahme von fremden Lieferungen und Verarbeitung fremder Salze die Eigenproduktion zum Teil über ihre Syndikatsbeteiligung hinaus zu steigern gewußt; im Jahre 1913 aber (1914 wird es schon deshalb ebenso gewesen sein) mußte

infolge des Andranges neuer Werke die Produktion auch absolut verringert werden.

Der rechnungsmäßige Ueberschuß (Gruben und Fabriken) betrug trotzdem bei

Jahr	Staßfurt-Bleicherode	Wienenburg
1913	5 759 672 Mk.	2 054 652 Mk.
1912	5 601 110 "	1 808 541 "
1911	3 389 171 "	2 052 812 "
1910	3 151 505 "	1 683 183 "

Der bilanzmäßige Reingewinn, d. h. der Ertrag, bemessen nach dem Anlage- und Betriebskapital, betrug bei allen drei Werken zusammen:

1913	6 079 063 Mk.
1912	6 808 206 "
1911	4 925 972 "

In den früheren Jahren ist die bilanzmäßige Rechnungslegung nicht erfolgt. Ueberhaupt ist ein genauer Vergleich der einschlägigen Zahlen durchweg nur für die Jahre 1912 und 1913 möglich, da erst für diese beiden Jahre die neu eingeführte Rechnungslegung gleichmäßig erfolgt ist. 1913 wurden für Werksverweiterungen, vornehmlich für die neue Doppelschichtanlage Kleinholdungen (bei Bleicherode, Mehrausgabe über 440 000 Mk.), hohe Extrausgaben gemacht; daher der größte Teil des Ueberschusses gegen 1912.

Vergleichen wir nun nach den fiskalischen Betriebsberichten die Selbstkostenrechnung, soweit die mitgeteilten Angaben dies ermöglichen. Bei Staßfurt-Bleicherode betragen pro Tonne geförderttes Rohsalz durchschnittlich (in Mark):

Jahr	Einnahme	Ausgabe	Uebersch.	Uebersch. nach Verrechnung der Extra-Einnahmen und Ausgaben
1913	18,17	10,76	7,41	6,99
1912	16,00	9,79	7,11	7,27

Von Wienenburg sind zum Teil die niedrigsten und die höchsten Einnahmen und Ausgaben pro Tonne angegeben; wir geben im folgenden die mittleren Werte an (in Mark):

Jahr	Kali			Chlorkalium u. Düngesalze		
	Einnahme	Ausgabe	Uebersch.	Einnahme	Ausgabe	Uebersch.
1913	12,50	8,05	4,45	46,55	14,98	31,57
1912	11,67	8,32	3,35	46,55	15,15	31,40

Wer wollte angesichts dieser Zahlen von einem nur mäßigen Ertrag der Kaliindustrie reden? Man betrachte sich nur die ganz außerordentlich hohen Mehreinnahmen (im Vergleich zu den Ausgaben pro Tonne) für Kalidüngesalze und Chlorkalium! Und das in Jahren, wo die Werkspresse oft bitter über schlechte Werkserträge klagte!

Wie wenig Veranlassung erit recht zu einer Herabsetzung der Löhne vorliegt, auch das zeigen uns die fiskalischen Betriebsberichte. Nachstehend geben wir eine Berechnung des rechnungsmäßigen Ueberschusses auf pro Kopf der beschäftigten Bergwerker- und Fabrikarbeiter und setzen daneben die entsprechenden Lohnziffern; für die Fabrikarbeiter sind leider die Löhne nicht verzeichnet.

1. Staßfurt-Bleicherode:				
Jahr	Zahl der Bergarbeiter	Zahl der Fabrikarbeiter	Uebersch. pro Arbeiter	Durchschnittslohn der Bergw. pro Schicht
1913	1556	278	3140	4,28
1912	1420	271	3310	4,10
1911	1244	220	2280	4,05
1910	1021	182	2600	4,00

2. Wienenburg:				
Jahr	Zahl der Bergarbeiter	Zahl der Fabrikarbeiter	Uebersch. pro Arbeiter	Durchschnittslohn der Bergw. pro Schicht
1913	456	143	3308	4,12
1912	527	145	2622	4,08
1911	491	118	3427	3,76
1910	491	118	2800	3,66

In keinem Bergbauzweige Deutschlands sind die Betriebsüberschüsse pro Arbeiter so außerordentlich hoch wie in der Kaliindustrie. Der Betriebsüberschuß pro Arbeiter ist weit mehr als doppelt so hoch, wie der den Arbeitern gezahlte Lohn. Dabei zählen die vorgenannten Staatswerke durchschnittlich bessere Löhne als die meisten Privatwerke, stehen aber hinsichtlich des Ueberschusses pro Arbeiter hinter manchen dieser Privatwerke zurück. Bei dieser Sachlage sollten die Kaliwerksbesitzer sich doch hüten, durch Lohnverschlechterungen die öffentliche Kritik herauszufordern, zumal nicht einmal eine erhebliche Herabsetzung der gewiß jetzt längst viel zu geringen Mindestlöhne die Kriegswirkungen auf die Werkswirtschaft nennenswert abzumildern könnte. Dazu ist der relative Anteil des Lohnes an den Selbstkosten gerade in der Kaliindustrie zu gering.

Wir haben hier oft genug dargelegt, wie die durch den Krieg nicht erzeugten, sondern nur verschärften Uebelstände in der Kaliindustrie abgebaut werden können. Durch Preiserhöhungen und Lohnherabsetzungen kann sicher keine Besserung geschaffen werden.

Lohnfragen im Bergbau.

Von einem Grubenbeamten wird uns geschrieben: Zu den Betrieben, die durch den Krieg empfindlich getroffen sind, gehört vor allen auch der Bergbau. Das äußert sich hauptsächlich in dem großen Arbeitermangel, der auf den Bechen herrscht. Um dem Uebel wenigstens etwas zu steuern, hat man auf einigen Werken ja bereits Kriegsgefangene auch im Grubenbetrieb eingestellt. Ob das der hiesigen Arbeiterkraft dienlich ist oder nicht, ist eine Streitfrage, die aber vorläufig noch nicht diskutabel ist, da Erfahrungen darüber noch nicht vorliegen. Daneben hat man aber noch zu einer anderen Maßnahme gegriffen, die einen tiefen Einschnitt in den Organismus unserer sozialen Arbeiterabteilung darstellt. Ich meine die unterirdische Beschäftigung jugendlicher Arbeiter unter 16 Jahren. In Bezug hierauf hat nun zwar der Herr Handelsminister bei der Beratung des Berggesetzes im Abgeordnetenhaus ausgeführt, die jungen Leute würden nur mit leichteren Arbeiten betraut. Das ist zweifellos richtig. Es sind das aber dieselben Bedingungen, die sonst von Jungen im Alter von 16 bis 19 Jahren ausgeführt werden. Leichtere Arbeiten gibt es im Grubenbetrieb eben nicht. Zudem muß die im Verhältnis zur Tagesluft bedeutend schlechtere Grubenluft als ungünstiger Faktor mit in Rechnung gestellt werden, und auch die Temperaturverhältnisse, wie sie in der Grube herrschen, dürfen nicht unberücksichtigt bleiben. Die Jungen kommen im Laufe einer Schicht wiederholt aus höheren in niedrigere Temperaturen und umgekehrt, was naturgemäß unangenehme Wechselwirkungen auf den Körper ausübt. Die nachteiligen Folgen werden sich, wenn auch meist nicht direkt, so doch in späteren Jahren ganz bestimmt bemerkbar

maden. Man braucht ja nur einmal einen Vergleich anzustellen zwischen unseren Bergleuten, die vom 14. Lebensjahre an den Bergbau gekostet, und den fremden Leuten, die erst im gesetzten Alter zur Grube kommen, um diese Wahrheit bestätigt zu finden. Hier blühende, kräftige und stämmige Personen, dort kleine, magere und schwache Gestalten, denen man den Kohlsberg schon auf zwanzig Schritte Entfernung von den Geschütern ablesen kann.

Das ist die eine Seite dieser Angelegenheit. Die andere ist von nicht geringerer Bedeutung. Das ist die Lohnfrage, auf die näher einzugehen der eigentliche Zweck dieser Zeilen sein soll.

Wie schon bemerkt, verrichten die jungen Leute dieselben Arbeiten, die vordem von älteren Jungen ausgeführt wurden. Kommen sie nun auch denselben Lohn? Nein, sie werden durchschnittlich 20 bis 40 Pf. die Schicht weniger erhalten. Auf manchen Zechen dürfte dieses Weniger aber wohl noch größer sein. Es liegt mithin unverkennbar eine einseitige Bevorteilung der Zechen in dieser durch die Kriegslage bedingten Maßnahme, die aber in das Kapital vom „Wurgrüden“ schlecht hineinpaßt. Der Einwand, daß doch zur Erlernung jeder Arbeit eine bestimmte Lehrzeit nötig sei, wo nicht so viel geleistet, folglich auch nicht so viel Lohn beansprucht werden könne, ist nirgend weniger angebracht als hier. Von einer Lehrzeit, wie beispielsweise beim Lehrhauer und Apparaturlehrling, kann bei den hier in Frage kommenden Arbeiten gar keine Rede sein. Der eine lernt es in wenigen Tagen, der andere in einigen Wochen, und ein dritter, intelligenter und geschickter, bringt es gar schon in der ersten Schicht fertig. Lohnunterschiede sind also damit nicht zu begründen und darum auch keineswegs gerechtfertigt. Wollte man sie aber gar, wie das so gern und vielfach geschieht, mit dem Unterschied im Alter begründen, so würde das notwendig zu den sonderbarsten Konsequenzen führen. Dann müßten doch folgerichtig auch alle anderen Arbeiter nach Altersunterschieden und nicht nach Art und Schwere der Arbeit und der Arbeitsleistung bezahlt werden. Dann müßte der ältere Hauer mehr als der jüngere Kollege von der anderen Schicht verdienen usw. in infinitum. Das mag in öffentlichen Betrieben, in Staat und Gemeinden angebracht sein und als sozialer Fortschritt gefeiert werden, in den kapitalistischen Privatbetrieben paßt das nun einmal nicht hinein, hier muß das Prinzip gelten: für gleiche Arbeit gleichen Lohn.

Die vorzeitige Beschäftigung der Jugendlichen im Grubenbetrieb hat nun zur Folge, daß wiederum eine Menge Schlepper und mit ähnlichen Verrichtungen betraute Leute früher als sonst üblich vor die Kohle kommen. Das wird selbstverständlich von den Betroffenen freudig begrüßt. Wie enttäuscht sind sie aber, wenn sie am ersten Lohnstage ihr Lohnbuch in die Hand bekommen! Statt 50 Pf. oder 1 Mk., wie in normalen Zeiten, hat man ihnen 1,50 Mk. weniger berechnet als der übrigen Kameradschaft. Wenn man nun auch der Meinung ist — ich bin es auch —, eine geringere Vergütung während der ersten Lehrhauerzeit sei berechtigt, so kann man eine solche hohe Mindervergütung gerechtfertigt doch niemals gutheißen. Uebersteigt so doch der Lohn dieser jungen Lehrhauer nur noch um ein ganz geringes ihren früheren Lohn als Schlepper, ja er kann sogar, je nachdem der Lohn in der Kameradschaft ausfällt, noch geringer sein.

Die Zeit der Minderbezahlung ist nun auf den verschiedenen Zechen auch verschieden bemessen. Bis auf ein Jahr hinaus erstreckt sie sich vielfach. Das ist entschieden zu lange. Drei bis sechs Monate dürften jedenfalls genügen, um die nötigen Lehrhauerfertigkeiten zu erreichen. Die jungen Leute verlieren sonst leicht die Freude an der neuen Tätigkeit und vor allem die Geduld zum Ausdauern. Absehrgedanken sind dann die weitere Folge und den schlechten Schluß bildet ein erhöhter Beschäftigungswechsel. Das liegt aber weder im Interesse der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Zechen, noch im Interesse der Gruben-sicherheit und der Arbeiter im allgemeinen. Alle Beteiligten sind somit an der Beseitigung dieses Übels zu gleichen Teilen interessiert.

Manche Zechenverwaltungen glauben nun vielfach das richtige zu treffen, wenn sie gegebenenfalls den jungen Lehrhauern während der Lehrzeit die Lehrhauerpapiere verweigern, so daß diese, falls sie nicht vorziehen zu bleiben, auf der anderen Zeche wieder als Schlepper beginnen müssen. Daß diese Maßregel in vielen Fällen aber nur einen Augenblickserfolg zeitigt, wird meist außer acht gelassen. In Wirklichkeit setzt sich infolgedessen ein starker Groll gegen die Zeche und deren Beamten bei den jungen Leuten fest, der sich schließlich dahin ausläßt, daß nach beendigter Lehrzeit nun erst recht die Papiere genommen werden.

Zweifellos liegt in diesem Vorgehen der Zechen eine Beschränkung der gesetzlich gewährleisteten Freizügigkeit. Es darf aber nicht verkannt werden, daß es, wie schon bemerkt, im Interesse aller Beteiligten liegt, wenn in irgend einer Weise dem vorzeitigen Abkehren der Anreiz genommen würde. Selbstverständlich müßte das unter voller Wahrung der Freizügigkeit geschehen, etwa in der Weise, daß man den Lehrhauern diese Eigenhaft klipp und klar mit Angabe der schon vollbrachten Lehrzeit bescheinigt. Danach muß die Arbeiterschaft streben, und sollte es nicht anders zu erreichen sein, dann durch ein Gesetz, in dem neben diesem auch die Dauer der Lehrzeit sowie die Höhe der Minderbezahlung festgelegt und zum zwingenden Recht erhoben würde.

Und noch eine andere, nicht minder wichtige Frage bedarf der gesetzlichen Regelung, nämlich die: Wo bleiben die Wagen Kohlen, die, sei es durch die eigene Schuld des Lehrhauers, sei es durch Verschulden der Zeche oder deren Organe, nicht für die interessierte Kameradschaft direkt gebucht werden können? Bekanntlich kommen auf jeder Zeche jeden Tag Wagen ohne Nummer heraus, wovon nicht erwiesen ist und auch nicht bewiesen werden kann, ob der Lehrhauer keine Nummer vor- oder eingehängt hat, oder ob die Nummer nicht in der Förderung oder beim Stürzen des Wagens im Kreiselschlepper angekommen ist. Ja, man hat sogar die Beobachtung gemacht, daß schon beim Füllen des Wagens, namentlich mit Stückkohlen und unterm Kolkstein, der befestigende Draht abgerissen war und die Nummer sich zwischen den Wagenhaken verlor. Ebenso gehört es nicht zu den Seltenheiten, daß beim Stürzen des Wagens im Kreiselschlepper die Nummer durch Kohlenstücke abgerissen wird. Alle diese Wagen werden nun mit dem Vermerk: „Ohne Nummer“ in der Förderliste gebucht. Sie gehen den Arbeitern, die sie gefördert, in den meisten Fällen verloren, da ja nur höchst selten der Beweis der Eigentümerschaft erbracht werden kann. Leider gibt es nach den gemachten Erfahrungen kein Mittel, diesem Uebel abzuhelfen. Die Wagen verbleiben entweder gratis der Zeche oder sie werden Kameradschaften verrecknet, die, wie man so sagt, „auf dem Gebirge nicht dogekommen“ sind. Ob dies auf allen Zechen geschieht, entzieht sich meiner Kenntnis; auf den Zechen, die ich kennen gelernt, war und ist es immer noch so. In diesem Falle haben doch wenigstens auch Arbeiter Anteil an den Gratiswagen, wenn es auch meist nicht diejenigen sein werden, die die Wagen ausgeben. Es ließe sich aber auch so einrichten, daß auch diese mit partizipierten, indem man die Wagen einfach mit einem Durchschnittsgebirge berechnete und den Betrag der Arbeiterunterstützungslasse zuwies. Gegen eine solche Lösung dürften jedenfalls auch die Arbeiter nichts einzuwenden haben.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Neuntausend Millionen Mark

Sind für die zweite deutsche Kriegsanleihe gezeichnet worden, doppelt so viel als für die erste. Zu diesem außerordentlichen Ereignis schreibt die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“:

„Das Ergebnis der zweiten deutschen Kriegsanleihe ist ein so gewaltiges, daß es alle anderen Ereignisse in den Hintergrund drängt. Und in der Tat ist dieses Ergebnis in seiner Wirkung nicht geringer als eine Maßrenschlacht, ja, vielleicht übertrifft es sie noch, da ja die stärkste Macht des Dreiverbandes, England, seine Hoffnung weniger auf militärische Niederbringung Deutschlands als auf den als unvermeidlich gedachten wirtschaftlichen Zusammenbruch des Reiches gesetzt hat. Das Ertragsziel dieser Hoffnung erweist sich von Tag zu Tag mehr. Am Sonnabend konnte auf Grund der Aufnahme der Getreidevorräte festgestellt werden, daß die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Lebensmitteln bis zur neuen Ernte gesichert ist. Wir wollen deswegen nicht sagen, daß auf diesem Gebiet alles auf beste geregelt sei; gegen die Regelung aber richtiger Nahrungsmittelversorgung haben wir vielmehr, wie unsere Leser wissen, sehr große Bedenken, aber doch halb verliert die Feststellung der Getreide-sicherheit nicht ihre Bedeutung. Und tags darauf wird der Misserfolg der neuen Kriegsanleihe bekannt gegeben, der für das deutsche Volk schon eine ganz gewaltige Hebung war; wieviel mehr aber für das Ausland. Wir sagen Misserfolg, denn das bleibt das Ergebnis, selbst wenn größere Summen für solche Zeichnungen abgezogen sind, die durch Verhandlungen bei Darlehens-fassungen und auf ähnlichen Wegen ermittelbar wurden. ... Wenn nun auch England sicherlich auf finanziellen Gebiet noch nicht das Neueste geleistet hat, dessen es fähig ist, wenn es auch in der Lage sein wird, das deutsche Beispiel zu erreichen, vielleicht gar zu überreffen, so sind doch schon zwei der Großmächte auf jener Seite finanziell krank, und auf jeden Fall berechtigt die stolze Summe von neun Milliarden, die der neue Reichsdarlehensvertrag ausweist, wie verfehlt die Spekulation des Dreiverbandes ist, Deutschland wirtschaftlich auf die Knie zu zwingen. Den Leuten des englischen Staatsbankrott dürfte jetzt doch die Erkenntnis aufkommen, daß Deutschland anders denn durch Waffengewalt nicht niederzuwerfen ist und in dieser Hinsicht steht die Rechnung für sie nicht glücklicher als der Kampf mit „Silbernen Stügen“. Es wäre verfehlt, heute, wo alle sicheren Unterlagen fehlen, Vermutungen darüber anzustellen, wer wirtschaftlich stärker ist, Deutschland oder England. So viel aber darf man heute sagen, daß Deutschland im wirtschaftlichen Kampfe einen laugen Atem haben wird und daß es selbst für das starke England eine bedenkliche Sache ist, sich auf einen solchen Kampf mit einem solchen Gegner einzulassen. Das wird die Welt aus den neun Milliarden herauslesen und dieser Eindruck auf die Neutralen wird dem Dreiverband besonders schmerzhaft sein. Die Aussicht, einige von ihnen zu Stützpunkten der Neutralen gegen Deutschland zu machen, ist wieder um einige Grad verschlechtert worden. Die Neun-Milliarden-Anleihe ist in der Tat eine verlorene Schlacht des Dreiverbandes, wenn nicht mehrere verlorene Schlachten.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ steht bekanntlich auf dem linken Flügel (landsässig „der radikalere“ genannt) der sozialdemokratischen Partei. Was das Blatt über den Misserfolg der Kriegsanleihe und seine Fernwirkungen schreibt, atmet unverkennbar den Geist der großen Verdrängung über die liegeverbleibende Stärke Deutschlands. Wir haben absichtlich die Ausstattung dieses Blattes zitiert, um gegenüber den durchsichtigen, an gewisse Vorurteile anknüpfenden Behauptungen, die darauf hingielen, auch in Angelegenheiten der Landesverteidigung einen Strich zwischen „Radikalen“ und „Reaktionären“ zu ziehen, die Tatsache sprechen zu lassen, daß eine auf dem linken Parteiflügel stehende große sozialistische Zeitung ihrer Freude über die gute Mischung Deutschlands unverbohlen Ausdruck gibt.

Regierung und Zwischenhandel.

Die Regierung, die so oft schon den Zwischenhandel in Schuß genommen hat, scheint läbliche Erfahrungen mit dieser Wirtschaftsform gemacht zu haben. Es ist wenigstens merkwürdig, daß sie jetzt überall den Zwischenhandel zu umgehen sucht und dringend davor warnt. So soll beim Wiederaufbau Ölbräuhens ein Modus durchgeführt werden, der heute gar nicht zum Möglichen gehört. Ein Spekulationsobjekt soll der Wiederaufbau nicht sein. Auch mit der Fleischversorgung der Städte ist es ganz anders, als man es sonst gewohnt ist. Eine neue ministerielle Anweisung mahnt direkt die Städte, den Zwischenhandel bei der Fleischversorgung zu umgehen und das Fleisch nur durch die Zentralverkaufsgesellschaft besorgen zu lassen, da durch die zentralisierte Beschaffung ein ungeundener Wettbewerb unmöglich ist. Offenlich merkt man sich diese Methoden auch für die Friedenszeit und besitzt dann Verständnis für eine Fortentwicklung des Wirtschaftslebens nach dieser Richtung hin.

Ernährungswesen und Bierzeugung.

In der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ fordert Professor v. Gruber, die bekannte medizinische Autorität, die Einstellung der Alkoholproduktion (nicht nur des Schnapses), und zwar behandelt er besonders die Bierzeugung. Man solle die zur Herstellung des Bieres erforderliche Gerste nicht verbrauchen, sondern für Brot und Weizenmehl verwenden, ferner die jetzt der Biergärung dienenden Bodensubstanzen zum Anbau einer ertragreichen Feldfrucht (Kartoffel) verwenden. Auch wenn wir die vom Vierlande geerntete Kartoffel der menschlichen Ernährung nicht direkt zuführen, sondern nur indirekt, indem wir sie an Schweine verfüttern, würden wir noch einen Gewinn an Kalorien gegenüber dem Anbau von Braugerste und Hopfen (der gar keine Nährstoffe liefert) erzielen.

Charakterisierung einer Fleischerrinnung.

In der Gemeinderatsitzung von Sondershausen brandmarkte der Bürgermeister Burgardt die dortige Fleischerrinnung, indem er öffentlich ausfuhrte: „Ich muß mein lebhaftes Bedauern darüber aussprechen, daß, nachdem alle Vereinbarungen wegen Lieferung von Dauerwaren durch die Fleischerrinnung getroffen waren, diese aus laudner Gewinnsucht im letzten Augenblicke zurücktrat. Die Stadt ist dadurch gezwungen, auswärts zu kaufen, was uns so bedauerlicher erscheint, als es gerade die Fleischerrinnung war, die immer wieder den Ruf erschallen ließ: Kauft am Platz! Ich bin von der Täuschung schmähtlich getäuscht worden.“

Soziales Recht — Arbeiterversicherung.

Frauen- und Kinderarbeit in Belgien.

Im Gesetz- und Verordnungsblatt für die okkupierten Gebiete Belgiens macht der deutsche Generalgouverneur das noch kurz vor Kriegsausbruch abgeänderte belgische Gesetz betreffend Frauen- und Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben bekannt. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo ein Teil der arbeitsfähigen Männer außer Landes ist, kommt es besonders darauf an, dafür zu sorgen, daß nicht etwa Frauen und Kinder über Gebühr in Bergwerken, Fabriken, Werkstätten, Gast- und Schwankwirtschaften und anderen gesundheitlich nachteiligen Betrieben beschäftigt werden. Nach den vorliegenden Bestimmungen dürfen Kinder unter 14 Jahren überhaupt nicht, solche unter 16 Jahren sowie Mädchen oder Frauen über 16 und unter 21 Jahren nicht länger als 12 (!) Stunden beschäftigt werden. Mindestens 14 Stunden Mittagspausen sind zu gewähren. Auch im Laufe dieser Pausen dürfen diese Personen nicht länger beschäftigt werden. Frauen ohne Unterschied des Alters und Knaben unter 14 Jahren dürfen in Bergwerken, Gruben und Brüchen nicht unter Tage tätig sein. Nacharbeit ist Frauen überhaupt untersagt und nach der Niederkunft sind ihnen vier Wochen Schonzeit zu gewähren. Weiter enthält das Gesetz in 30 Artikeln ein einzelnes gehende Bestimmungen für besondere Fälle.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Hotter Geschäftsgang in der deutschen Bergwerks- und Hüttenindustrie.

Ueberzimmern wird aus allen Bezirken und Bezirken eine große Beschäftigung der Zechen und Hütten zu seit Kriegsbeginn meist wiederholt erhöhten Verkaufspreisen gemeldet. Die Werke können in der Regel wegen Arbeitermangel die Bestellungen nicht alle

oder nur nach längeren Fristen erlabigen. Der Reichsanleger hat die Ausfuhr von Kohlen, Koks und Breckets nach Luxemburg gestattet, sobald wurde von dort über die Inbetriebstellung neuer Hochofen, z. B. der Deutsch-Luxemburger Gesellschaft (Einnes) gehörig berichtet, die überhaupt von einer sehr guten Beschäftigung ihrer Werke Nachricht gibt. Eine Kohlen-, Eisen- und Stahlpreis-erhöhung jagt die andere. In Schlefien, in Sachsen, Mitteldeutschland, Rheinland-Westfalen, Südb- und Südwestdeutschland wird auf Gruben und Hütten mit Hochdruck gearbeitet.

Wie sich in der mitteldeutschen Braunkohlen- und Brecketsindustrie die Absatzverhältnisse seit Kriegsbeginn entwickelt, schildert wie folgt der Jahresbericht der großp. Nieder-sächsischer Eintrachtwerke:

„Der schlechtere Geschäftsgang des Unternehmens, der sich (nach dem Geschäftsbericht) gleich zu Anfang des Jahres 1914 bemerkbar machte, verschärfte sich im Laufe des ersten Halbjahres und führte infolge des lebhaften und recht unregelmäßigen Wettbewerbs der mitteldeutschen Werke zu Preisermäßigungen und steigenden Lagerbeständen. Der Ausbruch des Krieges und die während des Mobil-machungsmonates eingetretene Minderleistung auf dem Wirtschaftskreis bedingte wesentliche Vertriebsbeschränkungen und auch noch Wiederaufnahme des Güterverkehrs stellten sich einem normalen Vertriebe Schwierigkeiten durch die unzulängliche Arbeiterbeschäftigung entgegen. Dann aber setzte im September eine für eine normale Nachfrage nach Brennmaterialien ein, der die Eisenbahnverwaltung in nicht genug zu würdigender Weise durch bald ganz normale Wagen-gestellung gerecht zu werden suchte. Die Vorräte der Gruben lichten sich unerwartet schnell und waren bis Ende des Jahres gänzlich ausverkauft. Trotzdem konnte der Bedarf nicht voll befriedigt werden; gleichzeitig war es auch unmöglich, die Reichen der Beamten, die sofort zu den Bahnen geeilt waren oder noch und nach einberufen wurden, durch Einstellungen neuer Kräfte zu schließen. Besonders auf den in Schlefien und an der schlesischen Grenze gelegenen Gruben waren die Lücken, die durch die immer noch fortgeführten Einziehungen aus den um-geliebten Landstrichen gerissen waren, so groß, daß ein Ersatz kaum zu beschaffen war und infolgedessen ein voller Betrieb nur schwer aufrecht zu erhalten ist. Durch die in Aussicht gestellte Heberleistung von Kriegeserzeugnissen auf den Gruben in ausreichender Menge wird die Braunkohlenindustrie wieder in die Lage versetzt werden, ihre volkswirtschaftlich unerwünschte Aufgabe voll zu erfüllen.“

Demnach hat der Krieg, der in einer Zeit niedrigeren Preisen eintrat, den Unternehmern die Mäunung ihrer großen Lager, und zwar zu erhöhten Preisen, ermöglicht. Der Bedarf überstieg dann das Angebot. Die Eintrachtwerke hatten im Vergleich mit 1913: 2.405.290, 1914: 2.400.871 Mt., also eine nur geringe Minderleistung. Auch sonst haben die Braunkohlenwerke 1914 sehr aufwühlende Gewinne erzielt. Von Kriegesnot ist da wirklich wenig zu merken.

Wahrscheinlich wie der vorstehende lautet der Bericht der Deutschen Stein-kohlen-Verbauergewerkschaft, welcher besagt:

„Das Kriegsjahr 1914 ist auch bei unserem Unternehmen nicht ohne nachteiligen Einfluss vorübergegangen. Der Versuch, aus anderen Industriezweigen Leute heranzuziehen, war nur teilweise von Erfolg. Die inzwischen bei den Verbrauchern unserer Kohlen eingegangenen Aufträge in Heereslieferungen gaben Veranlassung zur lebhafteren Nachfrage. Die verstärkte Nachfrage in den letzten drei Monaten konnte zum Teil durch den noch vor-handenen Vorrat gedeckt werden, es trat aber Kohlenknappheit ein, als mit den Vorräten aufgeräumt war, und dieser Mangel zeigte sich auch in dem darauffolgenden Geschäftsjahr fort, da der bisher beim Bergbau zurückgebliebene ungenutzte Vorrat gleichfalls teilweise zur Eingiehung gelangte. Der Gebundenheitsgrad ist im allgemeinen somit wie im Vorjahre verblieben.“

Also auch hier räumten die Kriegeslieferungen mit den auf-gestapelten Vorräten auf. In allen Geschäftsbereichen steht die Lage über den starken Nachfragemangel infolge der andauernden Ein-berufungen zum Heere wieder, so auch in den Auslassungen des Direktoriums der Essener Steinkohlenwerke, von welchen ein-ganzes Viertel der Verlegerschaft einbezogen wurde. Der Generalver-sammlung des Essener Steinkohlen-Verbauergewerksvereins König Wilhelm wurde seitens des Generalvorstandes erklärt, der Konjunkturrückgang im ersten Halbjahr 1914 (also vor dem Krieg) habe schon einen Minderüberschuss von 600.000 Mt. ergeben. Im August (Kriegsausbruch) habe ein Zuschuß von 15.000 Mt. gegen 344.000 Mt. Heberüberschuss im vorjährigen August geleistet werden müssen. Dann hätten sich die Verhältnisse so gebessert, daß im Januar/Februar 1915 wieder 65 Prozent der normalen Förderung und ein Heberüberschuss von 251.000 Mt. gegen 531.000 Mt. in der gleichen Zeit des Vorjahres erzielt worden wäre. Die Gesellschaft habe wohl starke Reserven, doch seien sie infolge des Krieges und durch große Neubauten erheblich angegriffen.

Alles in allem darf aber doch gesagt werden, daß die Montan-werke in Anbetracht der Kriegszeit nun wieder ansehnliche Heberüberschüsse einbrachten, die speziell mit hochgekauften Kriegeslieferungen beschäftigt sind, sogar reiche Gewinne machen. Die große Essen-scher Bergbauergewerkschaft schloß das Kriegsjahr 1914 mit einem Rohgewinn von 48,2 Millionen Mark (1913: 65,5) ab. Ein Teil der Gesellschaftswerke liegt in Luxemburg-Löhningen und kommt unter dem fast unmittelbaren Einfluß des Krieges rochenlang nicht im Betrieb gehalten werden. Das Jahr 1913 war für die Essen-scher Bergbauergewerkschaft übrigens das überschüssigste seit Bestehen der Unternehmung. — Daß auch beim Verkauf von Bergwerks-produkten kolossale Kriegsgewinne gemacht werden, geht aus folgendem Bericht der „Kölnischen Volkszeitung“ vom Oberhein hervor: „Noch immer herrscht allgemein große Knappheit an Gewerkschaften; be-sonders begehrt sind Stück- und Kugelschmelzen, aber auch die anderen Sorten werden sofort von den Verbrauchern aufgenommen. Die Preise steigen dabei noch; daran trägt aber das Ausland mehr Schuld als die Händler. Wurden doch in den letzten Tagen der verfloffenen Woche für Steinkohlenbreckets 280—300 Pf. ab Mannheim, für Stückkohlen von der Saar aber 300—325 Pf. ab Grube geboten, alles zur Lieferung nach Italien. Bei diesen Preisen ist es kein Wunder, wenn der eine oder andere Händler den ihm so gebotenen Vorteil wahrnimmt und der Ausfuhr von Kohlen sein Augenmerk zuwendet.“

Mit Rücksicht auf die für die Landesverteidigung und die Vo-dürftigkeit unserer Volkswirtschaft absolut notwendige Sicherstellung der bergbauischen Leistungen sprechen auch wir den Wunsch aus, die Heeres- und Marineverwaltung möge von weiterer Einberufung von Berg-arbeitern und Bergbeamten, wenn nur eben möglich, ganz absehen. Die Verlegerschaft bestehen schon jetzt zu einem verhältnismäßig großen Teil aus ungeschulten oder älteren, daher minder leistungsfähigen Leuten.

Der niederrheinisch-westfälische Kohlenbergbau

hat nach einer Statistik im „Glückauf“ (Nr. 12) im Jahre 1914 fast 16 Millionen Tonnen Minderförderung gegen 1913 gehabt. Von der Minderförderung entfallen 15.060.302 Tonnen auf die (rechs-rheinischen) Zechen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, 214.849 auf die vier am linken Niederrhein gelegenen, zum Oberbergamtsbezirk Bonn gehörigen Werke. In den einzelnen Vierteljahren betrug die Förderung im Oberbergamtsbezirk Dortmund (in Tonnen):

	1913	1914	Minderförderung 1914
1. Vierteljahr	27 279 819	26 977 587	296 232
2. " "	27 598 225	27 109 496	788 729
3. " "	28 674 531	21 214 537	7 459 994
4. " "	26 967 015	19 549 726	7 417 287
Zusammen	110 511 590	94 851 288	15 660 302

Ferner aus den linksrheinischen Zechen Rheinpreußen, Friedrichsberg, Diergarb und Wilhelmine Westfalen:

	1913	1914	Minderförderung
1. Vierteljahr	867 814	973 537	—
2. " "	922 313	1 023 379	—
3. " "	869 017	767 297	201 620
4. " "	962 209	742 691	219 518
Zusammen	3 721 353	3 507 004	214 349

Demnach ist im Oberbergamtsbezirk Dortmund bereits in den ersten beiden Quartalen 1914 gegen das Vorjahr ein Rückgang der Förderung eingetreten. Bekanntlich litt damals die Zechen stark an Absatzmangel. Umgekehrt stieg auf den rheinpreussischen Zechen damals noch die Förderung.

Sehr bemerkenswert ist, daß auch 1914 die Förderung der Reichshandelszweige absolut und verhältnismäßig weiter steigt. Wie Herr Dr. Jüngst im „Wirtschaftsbericht“ zusammenstellt, hat betragen die Kohlenförderung (in Tonnen) der

Table with 4 columns: Year, Syndikatszweige (in Prozent der Gesamtförderung), Nichtsyndikatszweige (in Prozent der Gesamtförderung), Total. Rows for 1908, 1910, 1913, 1914.

Daß angeht diese für die Syndikatszweige ungünstigen Entwicklung der Förderung die Erneuerung des Syndikatsvertrages größere - manche Beurteiler sagen: fast unüberwindliche - Schwierigkeiten macht, ist leicht begründlich. Aber dieselben Werksbesitzer, die ihren syndikatsfeindlichen Kollegen erklären, es sei die Ehrenpflicht eines jeden „Standesgenossen“, sich zu syndizieren, wollen immer noch nicht ausgehen, daß auch für jeden Arbeiter die Pflicht besteht, sich seiner Berufsorganisation anzuschließen.

Table with 4 columns: Year, im Oberbergamtsbezirk Dortmund, im Untereisenbergamtsbezirk Dortmund, Total. Rows for 1913, 1914, and quarterly breakdowns for 1914.

Also hatte sich die Belegschaft insgesamt infolge des Krieges um 119 303 Mann im 1. Quartal gegen das 2. Quartal 1914 verringert. Die wirkliche Zahl der Abgewandenen ist noch höher; es sind nämlich zum Teil schon wieder neue Arbeitskräfte eingestellt worden. Unter ihnen sehr viele der Bergwerksarbeiterschaft.

Daß die Umgruppierung der Belegschaften, die Neubildung von Ortsamerikaschaften aus großenteils in der Vermögensarbeit wenig oder gar nicht geschulten Leuten ebenfalls das Förderungsergebnis ungünstig beeinflussen mußte, verriet sich von selbst. Trotzdem ist im 4. Quartal restlos nur ein geringer Mangel an Förderung pro Arbeiter, insbesondere sogar eine erhebliche Erhöhung eingetreten. Es entfiel nämlich auf pro Belegschaftsmitglied (im D. V. B. Dortmund nur Arbeiter, im D. V. B. Bonn Gesamtschicht) eine durchschnittliche Förderung

Table with 2 columns: Location, 4. Vierteljahr 1913, 4. Vierteljahr 1914. Rows for D. V. B. Dortmund and D. V. B. Bonn (Rheinprovinz usw.).

Allerdings sind nur verhältnismäßig wenig Vorrichtungenarbeiten durchgeführt worden, man hat mit Hochdruck die direkten Gewinnzweigen betrieben. Doch gleicht sich dies wohl ziemlich aus durch den außerordentlich starken Abgang gerade der geschultesten Arbeitskräfte. Darum darf ruhig gesagt werden, daß die Belegschaften recht fleißig gearbeitet haben. Das muß aber auch durch eine sehr notwendige Verbesserung der Löhne anerkannt werden.

Die deutsche Kohlen- und Hochofenzeugung

Ist, wie nachstehende Ziffern zeigen, durch den Kriegsausbruch ganz enorm getrieben worden, erhöhte sich aber in den nächsten Monaten wesentlich. Seit Januar 1914 hat sich die deutsche Kohlen- und Hochofenproduktion wie folgt gestaltet (in Tonnen):

Table with 4 columns: Month, Kohlen-erzeugung, Hochofen-erzeugung, Total. Rows for 1914 January to July and 1915 January to February.

Die tägliche Erzeugung belief sich im Februar auf 28 701, Januar 28 198, Dezember 27 545, November 26 290, Oktober 23 542, September 19 886, August 18 025 Tonnen. Diese Zahlen lassen eine anhaltende Besserung in der Lage der deutschen Hochofenwerke erkennen und geben ein anschauliches Bild von der Kriegskonjunktur in der deutschen Eisenindustrie.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung. Der Reichstag

hat das Kriegsbudget, in welches 10 Milliarden Mark Kreditschulden hineingearbeitet sind, bewilligt. Für die sozialdemokratische Fraktion gab der Abgeordnete Scheidemann folgende Erklärung ab:

„Die Gründe, die für uns maßgebend waren, den Kriegskrediten am 4. August und 2. Dezember zuzustimmen, bestehen unverändert fort. Wir haben nach den großen bewundernswerten Leistungen unserer Truppen (mit erheblicher Stimme) und ihrer Führer (Leibhaftig Weisfall) das beste Vertrauen, daß es gelingen wird, zu einem ehrenvollen und dauernden Frieden zu kommen. (Erneuter lebhafter Weisfall.) Zur Bekräftigung unseres festen Willens, dieses Ziel in unerschütterlicher Einigkeit mit unserem Volke zu erreichen, werden wir dem diesmaligen Etat unsere Zustimmung geben.“

Die Frage, ob das Budget (Reichs- oder auch Landeshaushalts-vorschlag) von den sozialdemokratischen Fraktionen bewilligt werden dürfte, hat in der sozialdemokratischen Partei bekanntlich schon oft heftige Debatten hervorgerufen. Die große Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat sich nun auf den Standpunkt gestellt, es handle sich bei dem Kriegsbudget um einen auch von den sozialdemokratischen Parteitagern vorgezeichneten Ausnahme-fall, der die Zustimmung rechtfertige. Dreißig Fraktionsmitglieder (von 110) glaubten diesen Ausnahmefall nicht für vorliegend und beteiligten sich nicht an der Abstimmung, aber ohne sich damit gegen die Bewilligung der Mittel zur Landesverteidigung auszusprechen zu wollen. Was schon daraus hervorgeht, daß auch diese 30 Abgeordneten am 4. August und 2. Dezember für die Kriegskredite stimmten. Die heutige Abweisung ist also bedingt durch eine andere Auslegung von Parteitagern. Wegen den Etat haben nur die Abgeordneten Liebknecht und Mühlke gestimmt. Zwischen diesen und den anderen, die nicht grundsätzlich ablehnten, sondern sich mit Rücksicht auf die kritische Bedeutung von Parteitagern der Zustimmung enthielten, wird ein Unterschied zu machen sein. Mühlke haben nur die zurückgebliebenen Parteitagern über die Angelegenheit entschieden zu entscheiden. Eine gewerkschaftliche Angelegenheit ist das nicht. Ueber die von der Tagespresse lebhaft erörterten Meinungsverschiedenheiten schreibt die sozialdemokratische Magdeburger „Volksstimme“:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat durch die Tat bewiesen, daß die hinter ihr stehenden Massen bereit und willens sind, den Krieg als einen Abwehrtakt zur Erhaltung des Reiches zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Ein solches Ende des Krieges wird auch von jener Minderheit der Fraktion gewünscht, die teils schon zu Anfang des Krieges eine andere Haltung für richtig hielt, teils erst diesmal meinte, daß eine Veränderung im Verhalten der Fraktion angebracht sei. Das härteste Argument dieser Minderheit war zweifellos, daß die Ablehnung des Kriegsetats als eine Friedensdemonstration wirken und gleiche Strömungen in der Arbeiterklasse der feindlichen Staaten auslösen, in ihrem Endergebnis also eine Wärführung des Krieges herbeiführen würde. Diesem Argument wird kein Sozialdemokrat die ernste Prüfung verweigern. Voraussetzung für die Anwendung jenes Mittels war aber, daß es wirksam sei und daß es nicht Wirkungen hervorbringe, die das Gegenteil der beabsichtigten sind. Und da überaus die Meinung weitaus, daß die Rückwirkung einer negativen Abstimmung auf die Friedensströmungen in den feindlichen Ländern gering sein würde, daß aber die Regierungen der feindlichen Staaten eine solche Abstimmung in trügerischer Weise zu Zwecken ihrer

eigenen Kriegsführung ausgenutzt hätten. Sie hätten daraus auf die Uneinigkeit des deutschen Volkes geschlossen, ja sie hätten sich - wie Beispiele beweisen - nicht scheut, die Abstimmung so auszulagen, als ob ein großer Teil des deutschen Volkes an der Erhaltung des Reiches kein Interesse zeige und als ob ihr Sieg damit gesichert sei. Eine solche Ermüdung der Gegner zu verhindern, die tatsächlich zu einer Verlängerung des Krieges geführt hätte, erschien nach dieser Auffassung erste Pflicht.“

Mahnworte eines Veteranen der Arbeiterbewegung.

Albert Paul, ein gewerkschaftlicher und politischer Arbeiterorganisator, der schon im Wehrdienst der Arbeiterschaft stritt und litt, als fast alle von uns noch die Kinderhosen trugen, richtet im „Grundstein“, dem Wochenblatt der Bauarbeiterverbände, ernstmahrende Worte an seine Klassen-genossen. Dieser große Veteran der deutschen Arbeiterbewegung hat schon vor 30 bis 40 Jahren die heftigen inneren Kämpfe zwischen den „Kassakannern“ und „Eisenachern“ miterlebt, wurde auch ein Opfer des Sozialistengesetzes und erlitt nun mit hohem Ernst an jene Zeit, wo die beste Kraft der Arbeiterbewegung in inneren Streitigkeiten aufgebraucht worden ist, während die Müchschritter sich kräftigten. Albert Paul wirt auf diese schlimme Zeit einen Blick zurück und untersucht dann, ob die organisierten Arbeiter der Weltkriege verhindern und ob die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch die Ablehnung der Kriegskredite dem deutschen Volke hätte nützen können. In der vieljahrer Veteran beantwortet diese Fragen mit einem entschiedenen Nein!

Albert Paul schließt seine allseitig zu beherrschenden Ausführungen mit folgenden Mahnungen: „Nun noch ein ernstes Wort: Ein Mann, der sein Vaterland nicht liebt, ist kein Freund der Arbeiter. Mit dem Augenblick, wo er sein Vaterland in der Stunde der Gefahr im Stich läßt und es dem Feinde überantwortet, verläßt er sein Vaterland und damit auch die Arbeiter, die die Mehrzahl der Einwohner des Landes bilden. Ein solcher Mensch kann auch kein Führer der Arbeiter sein, denn er wird ihr Vertrauen nicht erlangen und es nur seinen eigennützligen Zwecken dienlich machen wollen. Darum, wer te Kollegen, laßt euch nicht von einem unzufriedenen, ungeliebten Menschen beeinflussen! Laßt euch nicht zerstückeln, wodurch wir nur zur Ohnmacht verurteilt würden! Welch unendliche Mühe und Arbeit hat es gekostet, um die Arbeiterbewegung auf die heutige Höhe zu bringen! Das kann nur der beurteilen, der selbst jahrelang in mühevoller Arbeit gewirkt hat. Fragt die Volkserzieher, was sie schon für die Arbeiterbewegung getan haben, dann werdet ihr ein schlagendes Resultat erfahren. Laßt euch nicht irre machen; weilt die Zerstückler der Arbeiterbewegung weit von euch; denn sie wollen das freiespiel auf Spiel setzen, was ihr euch in jähem und schwerer Arbeit geschaffen habt. Jahrzehntelange mühevoller Arbeit wäre dann vergeblich gewesen. Laßt euch nicht von dem Schlagworte „Imperialismus“ beführen. Wenn wir in dem Kriege unterliegen müßten, dann wäre der deutsche Imperialismus allerdings vorläufig beseitigt, aber an dessen Stelle hätten wir einen viel schlimmeren, nämlich den russisch-französisch-englischen Imperialismus. Das darf nie und nimmer geschehen! Wer die Kämpfe in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts zwischen Eisenachern und Kassakannern mit durchgemacht hat, wo sich die beiden feindlichen Brüder nicht nur mit Worten, sondern auch mit Säbeln bekämpften, der setzt sich nicht nach einer Wiederholung. So lange er nicht weiß, warum wir ohnmächtig, die Kraft und Stärke der Partei und der Arbeiterschaft trat erst mit dem Jahre 1875 ein, als sich die feindlichen Brüder auf dem Kongress in Göttinge freundschaftlich und freundlich die Hand reichten unter dem Leitwort: Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern! Ein einzig Volk von Brüdern müssen und wollen wir bleiben!“

Auch eine Lehre der Kriegszeit.

Es gibt Leute, die es als ein Zeichen besonderer Intelligenz und Charakterstärke ansehen, wenn sie sich unter keinen Umständen befehlen lassen. Zu diesen Leuten gehört nicht der Zeitkritiker im „Centralblatt der christlichen Gewerkschaften“ (Nr. 6 vom 15. März), welcher sich über die Nahrungsmitteleverzeugung und die Feuerungsverhältnisse wie folgt äußert:

„In den letzten 20 Jahren ist in Deutschland bei allen großen Beschäftigungswerten (Zolltarif, Steuerpolitik im Reich und in den Bundesstaaten, Wahlrechtsfragen, Reichsversicherungsordnung usw.) gegenüber der Landwirtschaft eine Verfallsrichtungspolitik betrieben worden, wie sie kein zweites Land der Welt mit einer ähnlichen Volksschichtung in Deutschland in der gleichen Zeit auszuweisen hat. Die christliche Arbeiterpartei zeigte für diese Politik weitgehendes Verständnis. Jetzt, während des Krieges, bekommt sie dafür den Dank vom Kaufe Sabburg. Gerade die Waren, die die Massen zur Erhaltung ihrer Existenz nicht entbehren können (Getreide, Linsen, Kartoffeln usw.), weisen gegenwärtig die größte Preissteigerung, und zwar eine solche von 100 und mehr Prozent, auf. Allein an Speisekartoffeln, wovon in Deutschland im Kriegsjahr 1914/15 rund 350 Millionen Zentner verbraucht werden, wird den Konsumenten von den Bauern und Sämlern etwa eine Milliarde Mark mehr abgenommen als in normalen Jahren. Gegen eine Preissteigerung von 20 bis 30 Prozent hätten wir bestimmt nichts gesagt; damit wären die landwirtschaftlichen Mehraufwände zur Kriegszeit gedeckt gewesen. Wogegen wir uns wenden und worin wir bei den freitlichen landwirtschaftlichen Kreisen kein Verständnis finden, das sind die Preissteigerungen, die tatsächlich nicht begünstigt und nicht bloß auf den Handel zurückzuführen sind. In den letzten Jahrzehnten sind, infolge der starken Absperrung Deutschlands gegen ausländische Nahrungsmittel, der deutschen Landwirtschaft zahlreiche Milliarden zugewachsen, die größtenteils von den übrigen deutschen Volksgenossen getragen werden mußten. Die deutsche Landwirtschaft erzielte daher schon in normalen Zeiten sehr gute Preise; diese gänzlich ihre. Was uns in der Gegenwart empört, ist dieses: In Friedenszeiten sperre sich Deutschland selbst vom Auslande ab, um die einheimische Landwirtschaft zu kräftigen und ihr gute Preise zu sichern, während jetzt in Kriegszeiten umgekehrt das Ausland uns die Nahrungsmittelzufuhr gesperrt hat, und in solcher Situation hat das Organ des Bundes der Landwirte, die „Deutsche Tageszeitung“, den Mut, auszusprechen, daß auch in Kriegzeiten Angebot und Nachfrage den Preis zu bestimmen habe.“

Internationale Rundschau. Das Kriegsziel in Frankreich.

Immer deutlicher tritt hervor, welches innerpolitische Ziel die eigentlichen Kriegsscheher in Frankreich, die Monarchisten und Alexikalen, erstreben. Es ist die Beseitigung der republikanischen Staatsform und die erneute Alerikalisierung Frankreichs. Je mehr sich in den Kreisen der sozialistischen Arbeiter und der bürgerlichen Radikalen die Erkenntnis dieses Kriegszieles verbreitet und entsprechende Proteste auslöst, um so dreister treten die Gegner der republikanischen Staatsform für ein „monarchisches, christliches Frankreich“ auf. Sehr bedeutend ist, daß die monarchistisch-keritale Blätter ihre Auflage mehr und mehr erhöhen konnten, während die demokratischen und sozialistischen Zeitungen eine geringere Verbreitung erhielten, zum Teil ganz einzingen. Als zukünftiger französischer Monarch wird der heilige König empföhlen. Trotz der lebhaften Proteste von demokratischer und sozialistischer Seite wird die monarchistisch-keritale Agitation auch im Heere mit Hochdruck weiter betrieben. Es wäre in der Tat ein merkwürdiges Ergebnis des Krieges gegen „deutschen Kaiserismus und preußischen Militarismus“, wenn sich ein neues Königtum in Frankreich mit dem obligaten keritalen Zutatn etablierte. Das haben die Sozialisten vom Schlage der Baillant und Genossen, die mit den Chauvinisten gleich die Verwirklichung des germanischen Imperialismus fordern, sich wohl nicht träumen lassen, daß sie im eigenen Lande den Gegnern der Republik die Wege ebnen helfen würden. Ja, man kämpft nicht umsonst mit dem russischen Joren für - „Freiheit und Kultur“. Jetzt hat die französische Regierung schon zum zweiten Male ein in Paris erscheinendes Organ der russischen Sozialisten herbeiführen lassen. Das Blatt jagte dem „Kulturbringenden“ Zaratismus offen die Wahrheit und das darf nicht geschehen im „freien, verbündeten“ Frankreich. Die beiden sozialdemokratischen Minister Guesde und Sembat haben dieses ruffreundliche Zeitungsverbot natürlich nicht verhindern können, sonst hätten sie es gewiß getan. Daraus ergibt man aber auch, wer im Falle der Niederlage Deutschlands der Herr von Europa sein würde: nicht die Arbeiter, sondern die russischen

Der hätte dann das Generallkommando! In der äußeren Politik herrsche dann der Zar, in der inneren Politik gäbe der neu erlandene Monarchismus und der Alerikalismus beständiger Qualität den Ton an. Ob die französischen Demokraten und Sozialisten das nicht entsetzen? Und dünkt, wie sich die Dinge in Frankreich nunmehr entwickelt haben, läten die Sozialisten selber, ihre beiden Vertreter nun aus dem Ministerium zurückzuziehen, damit ihnen später nicht die Verantwortung für eine reaktionäre Politik mit aufgebürdet wird, die zu verhindern ihre Einfluß nicht ausreicht.

Regierung und Gewerkschaften in England

Haben laut der Kopenhagener Zeitung „Berlingske Tidende“ einen Friedensvertrag abgeschlossen. Er bestätigt unsere Auffassung von dem Charakter der Lohn- und Streikbewegung in England, nämlich, daß sie nicht gegen die Kriegsführung gerichtet ist. Das genannte Blatt meldet: Nach zweitägiger Verhandlung zwischen den Führern der englischen Fachvereine und Vertretern verschiedener Ministerien erzielte man eine Vereinbarung, die eine Arbeitsruhe während der Legung während des Krieges völlig ausschließt. Die Vorstände der Fachvereine übernahmen es, den Arbeitern anzurufen, in keinem Falle während des Krieges einen Streik zu entfesseln, sondern alle Differenzen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf friedlichem Wege durch Verhandlungen vor dem Schiedsgericht beizulegen. Neben sollen die Vereine von den bisher durchgeführten Unterschieben zwischen sachmännischen und ungelerten Arbeitern absehen. Zur Vermeidung entstandener Streitigkeiten wird ein Ausschuß eingesetzt mit einer gleichen Zahl von Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiter. Gleichzeitig soll ein besonderes Komitee zur Leitung der Produktion in den von der Regierung übernommenen Betrieben eingesetzt werden. Das Abereinkommen wurde unterschrieben von Lord George, dem Handelsminister Runcian und dem Arbeiterführer Henderson. Eine Konferenz mit den Arbeitgebern soll nunmehr erfolgen. - Dieser Vertrag beweist wieder den starken sozialpolitischen Einfluß der englischen Gewerkschaften.

Gegen die Einwanderung unzufriedener Arbeiter

Sprach sich der Kongress des amerikanischen gewerkschaftlichen Arbeiterbundes (American Federation of Labor) auf seinem 34. Jahreskongress in Philadelphia aus. Im Repräsentantenhaus lehnt daselbst wie in Deutschland der Reichstag seit am 6. Februar 1914 ein Gesetz zur Beschränkung der Einwanderung angenommen worden, aber im Senat lehnt daselbst wie Oberhaus, Senatshaus), wo die großen Transporthilfsvereine und die gewerkschaftlichen Kräfte Einfluß ausüben, sei mit der Annahme des Gesetzes noch nicht zu rechnen. Auf dem Kongress wurde erklärt: „Die Arbeiterorganisationen sollen ununterbrochen darauf hinarbeiten, daß der Anschluß von Analfabiketen Menschen ohne jede Schulbildung von der Einwanderung ausgeschlossen wird, besonders deshalb, weil nach dem Krieg eine starke Einwanderung aus den betroffenen Ländern nach den Vereinigten Staaten einsehen werde; denn viele werden auf diese Weise einer weiteren Katastrophe zu entgehen trachten.“ Das ist sehr bezeichnend für die Denkart der amerikanischen Arbeiter. Sie haben zwar nichts gegen die Internationalität einzuwenden, doch wenden sie sich gegen die Überflutung des Landes mit unzufriedenen Einwanderern, die nur zu leicht als Lohnrüder der Verwertung finden können. Durch solche Einwanderer ist in den Betrieben des Staates die Arbeit schon früher stark gehindert worden. Arbeiter haben die Bestreben aus Südamerika und Kleinasien (Syrien) die bedürftigsten Menschen heranzuführen lassen und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gemahnt. Dieser gewerkschaftlicher und sozialistischer Kampf der amerikanischen Gewerkschaften durch gesetzliche Beschränkung der Einwanderung entgegenzuwirken. Ob es nicht nach dem Kriege auch an der Zeit ist, daß die deutschen Gewerkschaften in ähnlicher Weise gegen den Import von billigen und müßigen Arbeitern Stellung nehmen?

Anapffchaftliches.

Bergrat Wilhelm Ludwig ?

Am Dienstag, den 23. März, ist in Bochum der frühere Vorsitzende des Anapffchaftsvereins zu Bochum, Bergrat Wilhelm Ludwig, im Alter von 78 Jahren gestorben. Er gehörte dem Vorstande des Anapffchaftsvereins zunächst als stellvertretendes Mitglied vom 1. Juli 1890 ab, dann vom 26. Januar 1892 ab, als ordentliches Mitglied an. Den Vorsitz übernahm er am 1. April desselben Jahres; er bekleidete das Amt 14 Jahre hindurch. Sein Rücktritt, der am 25. Februar 1906 erfolgte, war die Folge der bekannten Mißbilligung mit dem ausgegliederten Anapffchaftsdirektor Wäumer. Dem Allgemeinen Deutschen Anapffchaftsverbande hat Bergrat Ludwig vom 24. April 1900 bis 25. Februar 1906 als Vorsitzender seine Dienste geleistet. Dem Bochumer Magistrat hat der Verstorbenen vom Jahre 1893 ab bis zu seinem Ableben angehört.

Mißstände auf den Gruben. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Sehr Herrmann. Für nicht genügend mit Kohlen beladene Wagen sollen nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Beamten bestraft werden. Am 26. Februar mußten sämtliche Grubenbeamte einen Reviers unterschreiben, wonach den Revierleitern 50 Pf. und den Unterbeamten 25 Pf. für jeden nicht genügend mit Kohlen beladenen Wagen vom Lohne gekürzt wird. Daß eine solche Maßnahme geeignet ist, die Spannung zwischen Arbeitern und Beamten zu erhöhen, braucht nicht erst gesagt zu werden. Die Beamten werden alles daransetzen, um die Arbeiter unter allen Umständen zur Überladung der Wagen zu veranlassen. Für die dadurch entstehende Verletzung erhalten die Arbeiter aber keine entsprechende Erhöhung der Gehälter. Aber es entstehen aus der Überladung der Wagen auch größere Gefahren für die Arbeiter. Auf dem Transport sollen die Wagen herunter, wodurch die Staubbildung in den Strecken gefördert wird. Manche Strecken sind auch so niedrig, daß die überladenen Wagen kaum durchzuführen sind. Die überladenen Kohlenzüge werden abgeleitet oder reifen die Zimmerung um, die Wagen können entgleisen usw. Dadurch werden die Arbeiter in erhöhtem Maße gefährdet. Die Beamten lassen aber auch beladene Wagen in weiteren Strecken umwerfen und andere damit nachfüllen. Dadurch gehen den Arbeitern Wagen verloren, für die sie keinen Lohn erhalten. Angesichts solcher Vorgänge müssen wir noch dringender fordern, daß die Kohlen nach Gewicht begabht werden, damit die Arbeiter vor Überverteilungen geschützt werden.

Table with 4 columns: Month, Schichten, Kohlenmenge (in Tausend), Lohn pro Schicht. Rows for März, April, Mai, Juni, Juli, August, September, Oktober, November, Dezember.

Dieser Gauer hat also verdient in den letzten fünf Monaten vor Kriegsausbruch auf 118 1/2 Schichten 1007,10 Mk. oder 8,50 Mk. pro Schicht, in den fünf Monaten nach Kriegsausbruch auf 95 Schichten 609,60 Mk. oder 6,42 Mk. pro Schicht. Sein Lohn ist also seit Kriegsausbruch durchschnittlich um 2,08 Mk. pro Schicht gesunken. Die Spannung zwischen dem höchsten Lohn - 9,09 Mk. - und dem niedrigsten Lohn - 5,80 Mk. - beträgt sogar 3,29 Mk. pro Schicht.

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Die „intern. Solidarität“ der engl. Bergarbeiterorganisation.

Der „Wohlfahrtsfreund“ in Nachen brachte unter dieser Überschrift am 20. Dezember 1914 folgende Notiz:

Als interessanter Beleg zu diesem Kapitel veröffentlicht der „Wohlfahrtsfreund“ folgenden Brief eines vor einiger Zeit nach England ausgewanderten Bergarbeiters. Der Brief zeigt so recht, wie die englischen Bergarbeiterorganisationen den Begriff „internationale Solidarität“ in die Praxis umsetzen. Der Briefschreiber war bis zur Auswanderung nach England Mitglied des alten Verbandes, der sozialdemokratischen Partei und eifriger Anhänger der Bergarbeiterinternationalen. Beim Ausbruch des Krieges geriet er als Quisling in Kriegsgefangenschaft. Der Brief lautet wie folgt:

„York, den 14. 10. 1914. Liebe Eltern! Habe den Brief erhalten und daraus ersehen, daß Ihr wenigstens noch am Leben seid. Ihr würdiger Euer, daß ich noch nichts von Josef geschrieben habe. Nun ist Josef sein Brief aber zurückgekommen, weil er zu viel beim Gefangen haben. Er hat dann gleich einen neuen geschrieben, den merdet Ihr jetzt wohl erhalten haben. Wir befinden uns alle drei wohl. Unsere Frauen und Kinder sind noch im Arbeitshaus. Auch sie befinden sich den Umständen gemäß wohl. Ob wir nach dem Kriege noch hier bleiben, weiß ich noch nicht. Ihr könnt Euch denken, daß wir nach dem Kriege völlig mittellos dastehen. Wir hatten uns schon etwas Geld erspart, aber das haben wir in der Gefangenschaft alles verbraucht. Unser Betriebsführer hat uns schon einmal aus der Gefangenschaft herausgeholt und uns in der Grube arbeiten lassen. Die Bergarbeiterunion selbst aber hat uns wieder arbeitslos gemacht. Auch ein schöner Beitrag zur Internationalität. Jetzt muß ich schließen. Schreibe bitte sofort Antwort. Was macht die Sozialdemokratie jetzt? Sage an Mutter, sie soll nur nicht krank werden, denn nach dem Kriege würden wir uns bald wieder alle zu Hause einfinden. Viele Grüße an alle Bekannte. Unser herzlichstes Beileid an Onkel Josef. Was macht Peter W. noch? Grüße an Pieschen und Matthias. In der Hoffnung, daß der Krieg bald vorübergeht, grüßt Euch alle Theodor. (Adresse: Theodor A., Prisoner of War York 1/88, England.)“

Der „Bergknappe“ veröffentlichte diesen Brief aber erst in Nr. 2 vom 6. Januar 1915, also fast zwei Wochen später — wie läßt sich das erklären? — und bemerkte dazu:

„Dieser Brief, den wir im Original zur Verfügung haben, dürfte gelegentlich der Erörterung über die Bergarbeiterinternationalen noch Verwendung finden.“

Dieser Mißbeurteilung der „Bergknappe“ entzogen durch folgende Briefe unseres Kameraden Theodor A.:

Prisoners of War.

Mr. Matth. Jos. A., Alsdorf bei Nachen, Kolonie Kellersberg I, Ringstraße Nr. 133, Germany, Gandforth, den 1. 2. 1915.

L. Vater! Der Brief, den ich Dir am 14. 10. geschrieben habe, ist ohne mein Wissen und Willen im „Bergknappen“ und verschiedenen anderen Zeitungen veröffentlicht worden. Wenns Dir möglich ist, so jorge bitte dafür, daß dieser Brief in denselben Blättern veröffentlicht wird. Ich hatte im guten Glauben berichtet, daß die Union uns arbeitslos gemacht hätte, doch nachher bin ich durch Zeitungsberichte und anderweitige Erfahrungen von meinem Irrtum überzeugt worden. Es war Stimmung gemacht worden gegen uns von bürgerlicher Seite. Die Bergarbeiter erklärten, nicht mit uns in der Grube arbeiten zu wollen, weil wir daselbst eventuell viel Mühe anrichten könnten. (Das sind dieselben Bedenken, welche auch die Organisationen der deutschen Bergarbeiter gegen die Beschäftigung Kriegsgefangener geäußert haben. Die Red.) Wir gingen deshalb zum Sekretär der Union und bat ihn, die Sache zu regeln. Derselbe berief zu diesem Zweck ein paar Tage später eine Versammlung ein. Wir waren in der Zeit oberirdisch beschäftigt worden. Jetzt muß ich schließen. Fortsetzung findest Du bei Schudy. Viele Grüße an Euch sendet Theodor. (Abf.: Theodor A., Gandforth Camp 2/11, Cheshire, England.)“

Prisoners of War.

Mr. Carl Schudy, Alsdorf b. Nachen, Luffenstraße 181, Germany, Gandforth, den 1. 2. 1915.

L. Freund! Ich fahre jetzt fort, wo ich mit dem ersten Teil aufgehört habe, derselbe (1. Teil) ist in Kellersberg. In der Versammlung wurde über uns abgestimmt, mit dem Resultat, daß wir während des Krieges nicht mehr unterirdisch arbeiten sollten. Uns war es herzlich gleichgültig, ob wir unterirdisch oder oberirdisch schafften. In der Zeit aber war von der War Office eine Order herausgekommen, alle Deutsche, welche keine Bürgerschaft stellen konnten, wieder zu verhaften, und zwar aus dem Grunde, weil verschiedene Flüchtlinge gemacht worden waren. So kamen auch wir wieder in Gefangenschaft. Vorher war uns von dieser Order nichts bekannt, deshalb waren wir der guten Meinung, daß unsere Arbeitskollegen aus diesen Streik gespült hätten. Die Union selbst hätte Bürgerschaft für uns leisten können und wir wären frei geblieben, aber ich kann den Leuten nicht verdenken, denn hier wird der Nationalitätenhaß gerade so geübt wie auch bei uns, z. B. durch Veröffentlichung von Briefen, welche nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind usw. Schluß. Liebt wohl, auf Wiedersehen! Grüßt Euch alle Theodor A., Gandforth Camp 2/11, Cheshire, England.“

Prisoners of War.

Mr. Carl Schudy, Alsdorf b. Nachen, Luffenstraße Nr. 181, Germany, Gandforth, den 21. 1. 1915.

Lieber Freund und Frau! Ich hatte gerade einen Brief fertig geschrieben an meine Frau, worin ich mich beklagte, daß ich so wenig von Deutschland höre, als Dein 1. Brief vom 4. ankam. Du kannst Dir meine Freude denken, und so will ich ihn denn gleich beantworten. Ich kann nicht begreifen, warum mein Vater bezagten Brief dem Generaldirektor übergeben hat. Hier im Ausland sieht und hört man allerdings, aber daß irgendwo ein Generaldirektor existiert, davon merkt man nichts. Ich habe geschrieben, daß die Union uns arbeitslos gemacht hat, ohne die Sache näher zu erklären, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil mir unsere Briefe so kurz wie möglich fassen mußten. In Wirklichkeit liegt die Sache denn doch ein bißchen anders. In erster Zeit sind alle Deutsche verhaftet worden, später sind aber die meisten, welche längere Zeit in England gelebt haben, wieder entlassen worden. Das war noch in Gefangenschaft, das kommt daher, weil wir noch nicht lange hier waren, also ziemlich unbekannt. Deshalb also auch keiner für unseren friedlichen Charakter garantieren konnte. Wir sind auch keine Militärgesangene, sondern Schutzgefangene. Die Behandlung von Seiten der Engländer ist gut. Die Führer der Union haben ihre Pflicht getan, aber die Stimmung gegen uns wurde von anderer Seite geführt, jogenannter Patriotismus. Daß die Führer nicht mit Liebe für uns gearbeitet haben, erklärt sich aus dem Umstande, ebenso weil wir noch unbekannt waren, und zweitens, weil ich von uns hieren der einzige organisierte Arbeiter war, denn die anderen drei waren nur Mitglieder, weil sie mußten. Ich werde Dir noch näheres über die Sache schreiben. Ich muß jetzt schließen, sonst wird dieser Brief auch zu lang. Von diesem Brief kann Du Gebrauch machen, nach Deinem Willen. Ich will Dir jetzt noch die Karte mitteilen, daß ich während eines Streiks nach England gekommen bin, also nicht unterstützungsberechtigt war, trotzdem aber Streikunterstützung erhalten habe. Mögen andere sich ein Beispiel daran nehmen. Hoch die internationale Genossenschaftsbewegung! Den Brief von Jupp und Widahn habe ich noch nicht erhalten. Viele Grüße an Deine Frau und Deine Freunde. Bekannte und Bekannte. Schreibe bitte recht bald Antwort. Bis auf ein großes Wiedersehen grüßt Dich vielmals Dein Freund Theodor. Gruß an alle Patrioten und Verwandten.

Die General Labourers Union hat sogar verschiedene ihrer Mitglieder hier in Gefangenschaft mit Geld unterstützt. Ich meine natürlich deutsche Mitglieder.

Abf.: Theodor A., Gandforth Camp 2/11, Cheshire, England.“

Wir dürfen wohl erwarten, daß der „Bergknappe“ und auch die anderen Zeitungen, welche den ersten Brief veröffentlichten, auch die vorstehenden Briefe zur Kenntnis ihrer Leser bringen.

Das ist der Krieg!

Aus Krakau, der Hauptstadt des von den furchtbaren Kriegsergebnissen seit Monaten besonders schwer heimgefügten österreichischen Galizien, wird gemeldet:

„In Galizien sind Hundert Städte und Marktflecken sowie zehntausend Dörfer durch die Kriegsergebnisse unmittelbar schwer betroffen. Der Schaden beträgt zwei Millionen Kronen. Zweihundertfünfzig Dörfer sind vollständig vernichtet. Achtzehntausend Pferde und eineinhalb Millionen Stück Vieh sowie sämtliche Vorräte an Getreide und Lebensmittel sind von den Russen fortgeschleppt worden. In Polen wurden über zweihundert Städte und Marktflecken und neuntausend Dorfgemeinden vernichtet, der Schaden beträgt hier drei Milliarden. Das russische Armeekommando macht durch Maueranschläge in Stanislau und den Nachbarorten bekannt, daß in den Ortschaften, in denen polnische Legionäre verborgen gehalten werden, die großen Gebäude zugunsten des russischen Fiskus mit Beschlag belegt, die kleineren niedergebrannt werden sollen. In Escholowa wurden jene Häuser, in denen polnische Legionäre gewohnt hatten, niedergebrannt.“

Was sagen zu diesen Schreckensberichten die leichfertigen Schwäger, die früher gern bramarbasieren: „Es muß einmal einen ordentlichen Krieg geben!“ Jetzt schwingt der Krieg seine blutige Geißel über zahlreiche Völker, jetzt vernichtet er in beispielloser Weise Menschenleben und materielle Werte. Am schlimmsten mitleidet die Kriegesurie natürlich in den Landesteilen, die zum Schauplatz der Schlachten geworden sind: Ostpreußen, Polen, Galizien, Elb-Weichseln, Belgien und Nordfrankreich. Kriegsheldentum und entscheidende Friedensfreunde werden dort in gleicher Weise von dem Kriegseisend betroffen, das feindliche Heer macht in dieser Hinsicht keinen Unterschied. Darum ist es das erste Gebot der Kriegesurie, den eigentlichen Kampf in das feindliche Landgebiet zu tragen. Dies ist in der Hauptsache der deutschen Heeresleitung gelungen. Die dadurch von den unbefriediglichen Gewalttätigkeiten direkt verschont gebliebenen Landesbewohner wissen meist gar nicht, was sie so gewonnen haben. Aber die Erkenntnis, daß der Krieg ein fürchterliches Völkervergnügen ist, wird sicherlich siegreich werden und dann die beste Friedensbürgschaft sein.

Keine Herabsetzung der Krieger-Familienunterstützung.

In Uebereinstimmung mit den Wünschen des Reichstages wird die Reichsregierung demnächst eine Abänderung der in dem Gesetz über die Familienunterstützungen vom 4. August 1914 festgesetzten Unterstützungen vornehmen. Nach § 1 Abschnitt 4 sollen die Unterstützungen mindestens betragen für die Ehefrau in den Monaten Mai bis einschließlich Oktober monatlich 9 M., in den übrigen Monaten 12 M. Danach müßten vom 1. Mai ab die bisher in den Wintermonaten gezahlten Unterstützungen um 3 M. monatlich herabgesetzt werden. Diese Herabsetzung soll mit Rücksicht auf die durch den Krieg gesteigerten Kosten der Lebenshaltung nicht eintreten. Den Gemeinden wird daher durch die Bundesregierung die Anweisung zugeben, den höheren Unterstützungsatz für die Wintermonate auch in den Sommermonaten weiter zu zahlen.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Leuerungszulagen für die Braunkohlenbergleute.

Durch den Krieg ist eine umfangreiche Teuerung vieler Lebensmittel eingetreten. Diese macht sich für die Arbeiter am bemerkbarsten, da selbst in normalen Zeiten der verbiente Lohn kaum zur Deckung der allernötigsten Bedürfnisse ausreicht. Unter dem Druck der Verhältnisse haben sich daher die Bergarbeiter des Zeit-Weißensfelder Reviers veranlaßt, einen Wunsch auf Zulage an die Betriebsverwaltungen zu richten. Nachdem schon Wochen vorher ein diesbezügliches Verlangen der Kameraden den Ortsverwaltungen zu Ohren gekommen, wurden von diesen gegen Ende Februar einige Besatzungsversammlungen einberufen. Andere Ortsverwaltungen folgten. Von allen Besatzungen wurde einstimmig der Wunsch nach einer Teuerungszulage geäußert. Wo die Arbeiterausschüsse nicht mehr bestanden, wurden andere Kameraden beauftragt, die Versammlungsbeschlüsse den Betriebsverwaltungen gegen den Diktand der Gewerkschaften zu übermitteln. Die Wünsche der Besatzungen waren sehr verschieden. In der Regel wurde eine Zulage von 3 M. wöchentlich für jeden Arbeiter beantragt. Die Betriebsverwaltungen sind auf die Wünsche eingegangen. Die Niedersächsischen Montanwerke waren die ersten, die bereits Anfang März ihren Arbeitern eine Kriegszulage versprochen. Diese soll jedoch erst vom 1. April an gewährt werden. Sie wird wöchentlich gezahlt und beträgt pro Schicht und Arbeiter unter 17 Jahren 10 Pf. und für solche über 17 Jahren 20 Pf. Verheiratete erhalten außerdem für jedes Familienmitglied 5 Pf. pro Schicht extra. Ein lediger Arbeiter über 17 Jahre, der sechs Schichten pro Woche verfährt, würde demnach 1,20 M. erhalten. Wer verheiratet ist und ein Kind hat, würde pro Schicht 5 Pf. x 2 = 10 Pf. mehr erhalten oder bei sechs Schichten pro Woche 1,80 M. Und erst der verheiratete Kamerad, der fünf Kinder ernähren muß, erhält bei sechs Schichten pro Woche 3 M. Die übrigen Gewerkschaften gehen fast die gleichen Sätze. Die Weissenfelder Revier-Gewerkschaft, die zweitgrößte im Revier, gewährt die Kriegszulage monatlich. Die Sätze sind dort wie folgt: Es erhalten ledige Kameraden 4 M., verheiratete 6 M., weiter werden für jedes Familienmitglied 75 Pf. pro Monat gewährt. Demnach würde hier ein verheirateter Arbeiter mit fünf Kindern pro Monat 10,50 M. Kriegszulage erhalten. Auch hier erfolgt die Zahlung erst vom 1. April ab. Die Gewährung dieser Zulage ist ja ein erfreuliches Zeichen der Einsicht der Direktionen. Allerdings waren sie ja auch geradezu verpflichtet. Wenn Arbeitsleistung und Schichtzahl vergrößert werden soll, muß auch die Entlohnung fester werden. Und dann sind die Kriegszulagen kaum so hoch, um die Preissteigerung des Brotes zwischen früher und jetzt auszugleichen. Auch mit dem Einführungsstermin hat es seine Bewandnis. Am 1. April sind jeden Jahres treten die Sommerpreise für Braunkohlenbritts ein. Die sind immer 5 bis 10 Pf. pro Zentner niedriger als die Winterpreise. In diesem Jahre sollen die ermäßigten Preise wohl nicht eintreten, trotzdem zu Anfang des Jahres eine außerordentliche Preissteigerung erfolgte. Infolgedessen wird, richtig betrachtet, die Kriegszulage nicht von den Bergwerksbesitzern getragen, sondern die Kosten werden abgewälzt auf die konsumierenden Kunden. Sogar wird hierbei noch ein Gewinn abfallen, denn die Mehrerlöse durch den Preisaufschlag wird mehr einbringen, als die Auszahlung der Kriegszulage erfordert.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Ein prügelnder Beamter auf der Heimgrube.

Der ober-schlesischen Bezirksleitung unseres Verbandes wurde gemeldet, daß auf der Heimgrube bei Weischen, zum Besitztum v. Giesches Erben gehörig, schwächliche und im unterirdischen Grubenbetriebe beschäftigte Arbeiter von einem Beamten geschlagen wurden. Unser Bezirksleiter Köppler ging den Missetatungen auf den Grund und stellte ihre Richtigkeit einwandfrei fest. Der stets schlagfertige Beamte ist der Oberhauer Bobczyk. In Weischen hat man für diese Beamtenklasse die Bezeichnung Jahzauer.

Nachdem die Richtigkeit der Angaben verbürgt war, machten wir eine Eingabe an die Direktion unter namentlicher Anführung von sechs Arbeitern, die von dem genannten Beamten geschlagen worden waren. Einleitend sagten wir in dem Schriftsatz:

„Wir können nicht glauben, daß ein solches Verhalten von der hohen Direktion gutgeheißen wird, und erlauben uns daher, in nachstehendem einige Fälle zu ihrer Kenntnis zu bringen. Wir müssen aber dringend bitten, daß die Direktion Veranlassung nimmt, dem prügelnden Beamten das Handwerk zu legen und die Arbeiter vor einem gewalttätigen Menschen zu schützen.“

Zum Schluß heißt es in der Eingabe:

„Wir bitten die Direktion um eine Rückantwort, aus welcher ersichtlich ist, was sie unternommen hat, um schwache Arbeiter vor einem gewalttätigen Beamten zu schützen, andererseits wir uns veranlaßt sehen würden, das Material der Öffentlichkeit zu unterbreiten, um auf diese Weise den Arbeitern Schutz zu verschaffen. Wir würden aber sehr bedauern, wenn wir zu letzterem in der für alle Volkstriebe jetzigen Zeit gezwungen werden.“

Müßlichsvoller konnte nicht verfahren werden. Wir haben nur um Schutz für schwache Arbeiter ersucht. Die Antwort der Direktion sieht so aus:

„Heimgrube, den 20. März 1915.“

Herrn Heinrich Köppler, Kattowitz, Sophienstr. 2.

Auf das an den ergebten Unterscheideten persönlich gerichtete Schreiben vom 18. März d. J. muß Ihnen geantwortet werden, daß wir uns mit Angelegenheiten unserer Besatzungen nicht mit außerhalb Stehenden einlassen können. Wenn Leute unserer Besatzungen wirklich beschuldigt worden vorzubringen haben, so müssen sie diese auf dem vorgesehnen Wege und in geschickter Form an den Unterscheideten zu bringen. Glück auf!

Bergverwaltung Georg von Giesches Erben. Stähler.“

Höflich in der Form, aber ablehnend in der Sache. Mit keinem Wort ist gesagt, daß die Direktion Vorloge getroffen hat, damit künftig das Schicksal der Arbeiter unterbleibt. Wir halten es daher für unsere Pflicht, folgendes zur öffentlichen Kenntnis zu bringen:

Am 5. März d. J. erhielt ein Weichselarbeiter, aber sehr schwach entwickelter Arbeiter acht heftige Ohrschläge von Bobczyk verabreicht, weil er nach dessen Ansicht nicht schnell genug mit dem beladenen Förderwagen hinterher konnte. Der Beschlagene stolperte und fällt ihm das Sprechen schwer, weshalb sich ein Arbeitskollege seiner annahm und den Vorfall dem Herrn Weichselarbeiter Magiera meldete, weil das der nächste Vorgesetzte des Oberhauers ist. Welcher Schuß wurde aber dem mitleidigsten Arbeiter zuteil? Steiger Magiera sagte: „In früherer Zeit hatten die Oberhauer einen Dolmetscher und wenn dann die Schläpper nicht folgten, bekamen sie damit welche überbezogen!“

Am 5. Februar wollte ein Schläpper im Bremsberg des Heizmannflözes einen Wagen herunterlassen, ließ ihn aber ab, ohne ihn angeklappelt zu haben. Das hatte er gewiß vergessen. Natürlich kam der Wagen mit voller Wucht unten auf der Bühne an. Dafür erhielt der dort beschäftigte Schläpper, der für die Vergeßlichkeit des andern nicht verantwortlich gemacht werden konnte, von A. fünf heftige Schläge mit der Hand auf den Kopf!

Am 6. Februar ließ der Bremser im Berg des Heizmannflözes den ersten Wagen herunter. In der Nachschicht waren in dem Berg Reparaturarbeiten ausgeführt, wo dann das Gefälle nicht rein gemacht wurde, so daß der Wagen stehen blieb. Ein Schläpper, der mit einem vollen Wagen an den Berg kam, um ihn herunterzulassen, erhielt nun mehrere heftige Schläge von Bobczyk an den Kopf!

Im Juni 1914 wurde ein Schläpper, der angeblich zu früh Schicht gemacht haben sollte, von Bobczyk mit der Keilhaue und dem Doppelstich seines breiten Meines zu geschlagen, daß fast blaue Strikmen zeigten! In gleicher Zeit erhielt ein Schläpper, der über eine Verletzung des Oberhauers, die er anderen Arbeitern gegenüber macht, gelacht haben sollte, zwei Schläge mit der Hand ins Gesicht, daß ihm die Nase stark blutete! In dem Revier befindet sich ein 30 Jahre alter, aber geistig beschränkter Mann. Dessen Körper hat schon so oft mit der Keilhaue des Oberhauers Zählung genommen, daß er es nicht zu zählen vermag.

Diese Fälle halten wir unter Namensnennung der Direktion unterbreitet. Wir erheben darauf vornehmend abgedruckte Antwort. Hier erübrigt sich jede weitere Bemerkung, denn alles spricht für sich.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 14. Woche (28. März bis 3. April 1915) fällig. Wir bitten unsere Mitglieder, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß sie sich beim Umzug in der Zahlstelle oder von einer Zahlstelle zur anderen beim Vertrauensmann um beim an- und abzumelden haben. Diese Pflicht wird selber von vielen Mitgliedern verkannt. Wir bitten dringend um Beachtung.

Bücherrevisionen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:

Dinslaken. Im Monat April.
Niederplanitz. Vom 28. März bis 11. April.

Für den Unterstützungsfonds

der Angehörigen der zur Fahne einberufenen Mitglieder gingen folgende Beiträge ein:

- a) In bar: Zahlstelle Markten (Bez. Gattrob) 80.—, Brand (Bez. Gladbeck) 21.—, P. Kautau-Samborn III 2,80 M.
- b) Auf Sammelkarten: Vermuth-Sondershausen, Liste Nr. 1901: 2.—, Schläpper, Liste Nr. 819: 4,20, Nr. 833: 1,80, Nr. 836: 2,25, Nr. 887: 0,80 M.
- c) Freiwilliger Beitrag v. Anapptschaftsältesten: A. Schulz-Berrie bei Langenberg 15.—, F. Hoffmann-Witten 6.—, D. v. d. Höp-Stiepel 20.—, Weichenberg-Mitglieder 33.— M.

Sterbetafel

Auf den Schlachtfeldern sind gefallen:

- | | |
|------------------------------------|------------------------------------|
| Ernst Hefermann, Brechten. | Aug. Bodenhausen, Lütgendortmund |
| Adolf Hetzges, Kattowien. | Ernst Paul Hübsch, Lichtentstein. |
| Wilhelm Müller, Auf dem Schwan. | Karl Leifner, Zw. Mariensthal. |
| Gerb. Hagenwörter, Auf dem Schwan. | Josef Ruzs, Namen I. |
| Kurt Fröhlich, Heinsdorf. | Albert Wagner, Staffort. |
| Walter Heinhals, Heinsdorf. | Gustav Krenner, Balfhausen. |
| Wilhelm Bolter, Scharenhorst. | Ernst Leisch, Dresden. |
| Konrad Poloczek, Schlegelgrube. | Friedr. Fühler, Dorst-Muhr. |
| Heinrich Aulmann, Gung III. | Franz Proff, Bochum V. |
| Hubert Wagemann, Brackl. | Michl Fißler, Weichenberg-Setten. |
| Franz Herdrich, Hiltten. | Friedrich Dörries, Weichenber. |
| Theodor Dreißhammer, Hiltten. | Josef Bittner, Falkenberg N.-Schl. |
| Georg Misch, Hiltten. | Adolf Winter, Falkenberg N.-Schl. |
| Ringent Winkler, Schmidtshorst. | Hugo Hiltz, Walsb. N.-Schl. |
| Otto Rumpf, Oberaden. | Alfred Junghaus, Mitteldorf Sa. |
| Daniel Schott, Wapp. | Willy Krüger, Strohmühle. |
| Josef Hartmann, Hilttenbögge. | Nichard Bergmann, Sandersdorf. |
| Julius Priemisch, Erkenschwid. | Wilhelm Wotjak, Weischen. |
| W. Wandersleben, Lütgendortmund. | Max Wöhl, Weischen. |

Wir werden das Andenken der Gefallenen in Ehren halten!

Berichtigung. In Nr. 12 der „Bergarbeiter-Zeitung“ muß es unter Mengebe Franz Bachhiesel statt Bachhiesel heißen. Der in Nr. 12 veröffentlichte Karl Kasper heißt Robert Kasper.

Achtung! Linden a. d. Ruhr Achtung!

Montag, den 5. April 1915 (2. Osterfesttag), vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Roll in Linden:

Bergarbeiter-Versammlung

Tagesordnung: Die Bergarbeiter und der Krieg.
Referent: Kamerad Otto Hue, Essen.

Achtung Knappschaftsälteste!

Kommission Dortmund
Sonntag, den 11. April 1915, vormittags 9 Uhr,
im Gewerkschaftshaus in Dortmund, Ede Leinitz- und Leiffingstraße:

Quartals-Versammlung

Um anwesendes und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand